Nr. 119 XXVIII. Jahrgang

Sonnabend, 8. Mai 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher 13528, 13638, 13897, 17169. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreise:
Grundzeile, 89 mm breit, M. 1.80, für das Ausland M. 10.—, Reklamezeile, 81 mm breit, M. 5.—, mit Vorzugsplatz M. 6.—, für das Ausland M. 30.—. Bei Ziffern- oder Auskunft 10 u. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Nachlaßanzeigen 20 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise:
Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 4.32, vierteljährlich M. 12.75. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 3.75, vierteljährlich M. 11.25, ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1.05, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.—. Preis für die Einzelnummer 20 Pf.

Der französische Maingau

Wann die französischen Truppen die schönen Städte und die malerischen Landschaften des Maingaues verlassen werden, ist noch ganz ungewiß. Vorläufig scheinen sie sich dort noch sehr wohlzufühlen. Der politisierende General folgt den Anweisungen Fochs und weiß, daß er mit jedem neuen Tage eine Politik unterstützt, die französischer Eitelkeit-Genüge tut und behagt und deutschen Stolz demütigt. Der französische Soldat aber lebt ganz gut dort und die Reinlichkeit der hessischen Städte und die ihm ungewohnte Ordnung lassen ihn die weniger appetitlichen Verhältnisse der Heimat nicht ungern vermissen. Wir aber müssen den Mut haben, zu erkennen und auszusprechen, daß die unbestimmte Dauer der Besetzung neutralen deutschen Gebietes mit jedem Tage unerträglicher wird, auch für die, die sich bewußt gegen jede nationalistische Stimmung wehren.

Die französische Regierung hatte vor dem Einfall in den Maingau des öfteren auch dem deutschen Geschäftsträger erklärt, daß sie sich freie Hand vorbehalten müsse für die Besetzung Frankfurts und Darmstadts, wenn ein Einmarsch von Reichswehrtruppen in das Ruhrgebiet erfolge. Trotz der Regierungserklärung, die Zurückziehung der Truppen innerhalb weniger Tage zu veranlassen, erfolgte der Ueberfall. Inzwischen sind die Truppen, soweit sie die im Augustabkommen vorigen Jahres zugelassene Stärke überschritten, zurückgezogen, und dennoch ist von einer Räumung Frankfurts und Darmstadts nicht die Rede. Jetzt stützt sich Millerand auf das Dokument, das die Verlängerung des am 10. April abgelaufenen Termins für die Zurückziehung unsrer Truppen bis zum 10. Juni bestimmt. Nunmehr sollen nach der Ansicht Millerands auch die Franzosen berechtigt sein, ihre Wehrmacht bis zu diesem Tage in dem widerrechtlich besetzten Gebiet zu belassen. Obgleich diese Begründung der Sache offensichtlich Gewalt antut, weil eine Gefahr für die Franzosen militärischerseits heute weniger als je seit der Besetzung besteht und somit jeder Anlaß zur fernern Behauptung eines Pfandobjektes fortfällt, könnte man sich mit der geschaffenen Notlage abfinden.

Womit man sich aber nicht und niemals abfinden kann, ist die unglaubliche Anmaßung, mit der unsre westlichen Nachbarn ihre angemaßten Herrenrechte ausüben. Seit Monatsfrist wollen die Klagen aus dem Maingau nicht verstummen. Die Untaten der französischen Negergarden vor der Frankfurter Hauptwache, die dauernden Einmischungen in die kommunale Verwaltung, die heimtückische Erschießung des Grafen Kalnein und jetzt wieder die Verhängung einer Geldstrafe über ein Mitglied des städtischen Parlaments, weil es gegen die Besetzung Frankfurts protestierte, all diese Akte die als Auswüchse eines Militarismus in Reinkultur bezeichnet werden müssen, müssen irgendwie unterbunden werden. Am schlimmsten aber ist, daß die heutigen Herren des Maingaues, die das besetzte Gebiet gewissermaßen als einen Bestandteil ihres Landes betrachten und mit ihren mehr als fragwürdigen Segnungen belästigen, gar nicht daran denken, offentliche Untaten zu sühnen.

Der Mörder des Grafen Kalnein ist noch ohne Strafe, ja seine Aburteilung ist mit der Begründung abgelehnt worden, daß der Schuß auf neutralem Gebiet gefallen sei, das der deutsche Offizier nicht hätte betreten dürfen. Und die Franzosen? Es verlohnt nicht die Mühe, diese fadenscheinige Logik zu bekämpfen. Nach der gestern hier veröffentlichten Meldung aus Frankfurt spielen sich jetzt die französischen Besatzungsbehörden sogar als Schutzherren der Kommunisten auf. Das ist an sich nichts Neues. Aber die Unverfrorenheit, mit der sie von den Frankfurter Polizeibehörden die Freilassung des auf Anordnung der Reichsregierung verhafteten staatsgefährlichen Verbrechers, des Kommunisten Minster (König) fordern, übersteigt denn doch jedes erträgliche Maß. Der deutschen Regierung sind zwar die Flügel beschnitten, diese offensichtliche Förderung staatsgefährlicher Umtriebe jedoch kann sie sich unmöglich gefallen lassen. Sie hat eine neue Note an Frankreich gerichtet, durch die sie hoffentlich auch beim Obersten Rat vorstellig wird, um Vergeltung für die begangenen Verbrechen und für die gesetzwidrigen Uebergriffe zu verlangen. Sie muß fordern, daß sich die Franzosen streng darauf beschränken, dem Ordnungsdienst im Einvernehmen mit den deutschen Behörden zu verrichten, wenn sie nicht Gefahr laufen will, ihre ganze Autorität an die Eindringlinge zu verlieren.

Auslieferung der deutschen Technik?

* Berlin, 7. Mai. Die interalliierte Marineüberwachungskommission hat mit Berufung auf den Artikel 209 des Friedensvertrages laut der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" eine Forderungsliste aufgestellt, die ganz gewaltig über das hinausgeht, was man auch nur befürchten konnte. Es handelt sich dabei um Absatz 3 des genannten Artikels, nach dem die deutsche Regierung der Kommission alle Auskünfte und Dokumente liefern solle, die diese für erforderlich hält, um die vollkommene Durchführung der maritimen Bestimmungen des Friedensvertrages sicherzustellen. Danach verlangt die Kommission insbesondere die Pläne der Kriegsschiffe, die Zusammensetzung ihrer Bestückung, die Einzelheiten und die Modelle der Geschütze, der Munition, Torpedos und Minen, Sprengstoffe, funkentelegraphischer Apparate und alles, was zum Seekriegsmaterial gehört, darunter auch die Zeichnungen und alle Versuchs- und Prüfungsberichte. Darüber hinaus jedoch werden dieselben Forderungen gestellt für Scheinwerfer, Bogenlampen, Kohlenstifte, Schwachstromerzeuger, Schaltbretter und Telephone, besonders laut sprechende Geschwindigkeitsanzeiger, Zeichnungen und Beschreibungen alle drahtlosen Fernsprech- und Fernschreibapparate. Die gleichen Forderungen werden für die Antennen und das verwendbare Isoliermaterial aufgestellt, ferner für die Unterwasserschallsignale und für die elektrische Fernsteuerung von Booten. Für diese Forderungen bietet der Friedensvertrag jedoch absolut keine Handhabe. Es handelt sich lediglich um Versuche, die ganze deutsche technisch-wissenschaftliche Geistesarbeit einfach auszuliefern, auch auf Gebieten, die in der Friedenswirtschaft und beim Wiederaufbau unsres Wirtschaftslebens eine ungeheuere Rolle spielen.

Die 823. Note

Berlin, 7. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Gegen die von der französischen Besatzungsbehörde angeordnete Entwaffnung der Frankfurter Polizei ist von der deutschen Regierung eine neue Protestnote gestern nach Paris abgegangen. Es ist dies seit dem Waffenstillstand die 823. Protestnote Deutschlands an die Entente.

Unter französischer Gerichtsbarkeit

w. Frankfurt a. M., 7. Mai. (Eig. Drahtber.) Polizeipräsident Ehrler ist von dem General der Rheinarmee zu 10 000 M. Geldstrafe verurteilt worden, weil er der französischen Behörde nicht die genaue Zahl der Waffen, die zur Bewaffnung der Polizei im Polizeipräsidium lagerten, angegeben habe und weil er zur Aufbewahrung nicht die Genehmigung eingeholt hat. Stadtverordnetenvorsteher Hopf, der in der Stadtverordnetenversammlung gegen die Besetzung Frankfurts durch die Franzosen Protest erhoben hatte, wurde gleichfalls in eine Geldstrafe von 10 000 Mark genommen, weil dieser Punkt nicht auf der Tagesordnung gestanden hat. Ein Radfahrer, der einen belgischen Offizier anläßlich eines Truppendurchzuges beleidigt haben soll, wurde vom französischen Kriegsgericht mit zwei Monaten Gefängnis bestraft. Der Verteidiger bestritt die Kompetenz des Gerichtshofes, indem er betonte, daß sich die Besetzung Frankfurts weder auf einen Kriegszustand, noch auf den Versailler Vertrag stützen könne. Wenn die Alliierten Frankfurt besetzt hätten, um hierbei eine Neverfallie wegen der Besetzung des Ruhrgebietes auszuüben, so folgere daraus nicht, daß sie das Recht haben, Kriegsgerichte einzusetzen. Der Vertreter der Anklage widersprach diesen Ausführungen, indem er darauf hinwies, daß die Frage der Kompetenz keine juristische, sondern eine politische sei. Nachdem einmal die Okkupation erfolgt sei, sei die Gewalt an den französischen Befehlshaber übergegangen.

Auf Kosten der deutschen Republik

w. Frankfurt a. M., 7. Mai. (Eig. Drahtber.) Die französischen Militärbehörden ordneten an, daß die Polizeimannschaften in Bad Homburg um 100 Mann vermehrt werden müßten. Die Kosten habe das Reich zu tragen.

Der Zeitpunkt der Räumung

Paris, 7. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Der „Intransigeant" meldet aus London: „Daily Chronicle" behauptet, zu wissen, daß die Räumung des Maingaues durch die französischen Truppen infolge der deutschen Operationen im Ruhrgebiet bald vorgenommen werden wird. Wie die „Voss. Ztg." hört, ist es wahrscheinlich, daß diese Räumung zu dem Zeitpunkt erfolgen wird, da die Konferenz in Spa eröffnet wird. Der „Intransigeant" fügt hinzu: Da das Auswärtige Amt diese Nachricht dementiert hat, kann man im Augenblick nicht sagen, daß die neutrale Zone geräumt wird, sondern könnte eher das Gegenteil behaupten.

Holland, Frankreich und der Rhein

Haag, 6. Mai. Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, wird sich Mitte Juni eine holländische Sondermission nach Paris begeben, um dort über die Rheinschiffahrtsbestimmungen und die künftige Zusammensetzung der Rheinkommission zu beraten. Es ist wahrscheinlich, daß sich der holländische Minister des Auswärtigen, Kaarnebeek, nach Paris begeben wird, um bei gleichzeitiger Anwesenheit der genannten Mission über verschiedene französisch-holländische Angelegenheiten Besprechungen zu führen. In Haager Kreisen wird darauf hingewiesen, daß Kaarnebeeks Reise, seit einiger Zeit geplant, als ein Erfolg des französischen Gesandten Benoist anzusehen wäre, der eine enge Annäherung Hollands an Frankreich zu erreichen sucht.

Albert Thomas in Berlin

Berlin, 7. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, der bekannte französische Sozialist und Arbeiterführer Albert Thomas, ist in Berlin eingetroffen und, wie der „Vorwärts" berichtet, unverzüglich mit deutschen Sozialisten und Gewerkschaftsführern in Verbindung getreten, um mit ihnen über Arbeiterfragen zu verhandeln. — Es ließen sich vielleicht an diesen Besuch deutscherseits einige Erwartungen knüpfen in der Richtung einer Mitwirkung der französischen Arbeiterschaft, um die Regierung Millerand von den fortgesetzten Eingriffen in die deutschen Rechte im besetzten Gebiet, wie allgemein von der Politik unentwegten Druckes auf das zermürbte Deutschland abzubringen. Doch der deutsche Reichskanzler Müller hat in seinem Bericht über die politische Lage auf der Reichskonferenz der Sozialdemokratie zutreffend darauf hingewiesen, daß in keinem der siegreichen Staaten der Sozialismus nach dem Kriege gewachsen ist, was ganz besonders von Frankreich gilt. An dem imperialistischen Grundzug der französischen Politik wird vielleicht auch die Konferenz des Herrn Thomas mit deutschen Sozialisten trotz seinem hohen Ansehen in der politischen Welt Frankreichs nichts ändern können. Allenfalls vermag sein Besuch in Berlin dem jedoch noch fernen Tage vorzuarbeiten, an dem der Geist der Versöhnung auch in Frankreich sich durchsetzen wird und auf den der Reichskanzler Müller sein Hoffen stellt.

Man befürchtet!

Paris, 4. Mai. (Indirekt.) Die französische Regierung hat in Anbetracht der in San Remo getroffenen „Konferenzordnung für Spa" dem Londoner Kabinett nahegelegt, mit König Faisal nicht in Spa zu unterhandeln, sondern die Angelegenheit einer Sonderkonferenz in Paris zu übertragen, die Ende Juni tagen soll. Die Nachricht, daß König Faisal für die Unabhängigkeit Syriens und Mesopotamiens in Spa einzutreten beabsichtige, erregt auch in London Unwillen. Die Pariser Anregung findet daher kurzen Anklang. — Nach einem weiteren Berichte soll dafür gesorgt werden, daß sich in Spa nicht „Propagandagefechte für das Selbstbestimmungsrecht der Nationen" abspielen. Das französische Pressedepartement wird wahrscheinlich André Tardieu mit einer besonderen Mission betrauen, um „französenfeindliche Manöver" zu parieren. Tardieu hielt vor wenigen Tagen im Pariser Auswärtigen Amte einen Vortrag, in dem er seine „Abwehrpläne" auseinandersetzte.

Absperrung des Saar-Gebietes

FTA. Saarbrücken, 7. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Die „Köln. Ztg." meldet: Der Wirtschaftsrat beschloß gestern einstimmig seine Stellungnahme gegen die seit vorgestern durch die französische Zollverwaltung angewandten, am 28. April erlassenen französischen Einfuhrverbote. Diese verbieten beinahe restlos die Einfuhr aus der Bekleidungsbranche, ferner Textilwaren, Möbel, Haushaltungsartikel, Lederwaren und die wichtigsten Lebensmittel von Frankreich nach dem Saargebiet. Das Saargebiet sei vollständig auf den Bezug aus Deutschland angewiesen. Der Wirtschaftsrat fordert, die Regierungskommission solle die Unterlassung dieser durch den Friedensvertrag unerlaubten, das Saargebiet auf das schwerste schädigenden Maßnahmen herbeiführen. Nach einer Mitteilung der Eisenbahndirektion muß in den nächsten Tagen die Sperre des ganzen Verkehrs nach dem Saarland erfolgen. Der Präsident Rault wird mit dem Generalsekretär heute deswegen nach Paris reisen. Falls die Saarregierung keine Abhilfe dieser Maßnahmen erreicht, beabsichtigt der Wirtschaftsrat, einen Appell an den Völkerbund und an das Weltgewissen zu richten.

* Saarbrücken, 7. Mai. Wie die „Saarbrücker Blätter" melden, bedient sich die französische Zollbehörde im Saargebiet in ihren Inschriften und im Verkehr ausschließlich der französischen Sprache, obgleich nach dem Friedensvertrag die Amtssprache Deutsch sein muß. Zahlreiche Fälle werden bekannt, in denen die Ein- und Ausfuhr von Waren durch den Gebrauch der französischen Sprache erschwert und behindert wurde. Verschiedene Gemeinden ersuchten die Regierungskommission im Saargebiet, auf Abstellung dieses Mißstandes zu dringen.

Amerikanische Finanzleute in Europa

F. New-York, 4. Mai. Der Präsident der amerikanischen Bankers-Association und Vanderlip, dessen Vorschläge über eine internationale Tilgungsanleihe der Kriegsschulden von französischen Regierungsblättern (besonders „Matin") lanciert wurden, sind nach Europa abgereist und werden während der Brüsseler Finanzkonferenz mit europäischen Fachleuten Besprechungen abhalten.

Polnische Proteste in Oberschlesien

In einem Flugblatte, das in Karf verteilt wurde, fordern der Vorstand der polnischen Berufsvereinigung und der Vorstand des polnischen Bergarbeiterverbandes zu Versammlungen auf, deren Zweck nicht angegeben wird. Auf der Versammlung in Karf wurde beschlossen, in einen zweitägigen Proteststreik einzutreten, falls die Sicherheitspolizei aus Oberschlesien nicht entfernt werde. Eine Versammlung deutscher Arbeiter in Karf verurteilte das Vorgehen der polnischen Berufsvereinigung scharf und beschloß einstimmig, sich am Streik nicht zu beteiligen.

Die Hetzereien des Herrn Korfanty

Korfanty nimmt in der „Grenzzeitung" zu der deutschen Note Stellung und schreibt u. a.: „Schlotternde Angst und helle Verzweiflung über den sich vollziehenden Verlust Oberschlesiens für Deutschland treiben die deutschen Kreise wiederum auf den ihnen seit langer Zeit bekannten Weg der Fälschung und Irreführung der öffentlichen Meinung." — Korfanty spricht dann weiter seine Befriedigung aus, daß endlich ein Forum geschaffen werde, um die deutschen Anschuldigungen einer objektiven Prüfung zu unterwerfen und die polnischen Geheimdokumente als mit amtlichen Geldern fabrizierte Fälschungen festzustellen. Er könne der deutschen Regierung heute schon erklären, daß sie bei der Gelegenheit ihr blaues Wunder erleben werde. Denn er werde nicht verfehlen, hierbei den Deutschen die mit Wissen und Willen der deutschen Regierung inszenierten Verbrechen und Umtriebe in Oberschlesien zu enthüllen. — Hierzu wird dem WTB. mitgeteilt: Der Wutausbruch des Herrn Korfanty in der „Grenzzeitung" ist durchaus verständlich. Der Gedanke, daß einem die geheimsten Pläne so beweiskräftig vor der breitesten Oeffentlichkeit enthüllt werden, würde wahrscheinlich auch weniger aggressive Naturen als Herrn Korfanty aus der Fassung bringen. Mit um so größerer Ruhe sieht man deutscherseits seinen Enthüllungen entgegen.

Gegen die Internationalisierung der 2. Zone

Anläßlich zweier Massenkundgebungen gegen die Internationalisierungswünsche der dänischen Chauvinisten wurde in Flensburg eine Entschließung angenommen, in der die mit dem Friedensvertrage in Widerspruch stehenden Bestrebungen, die zweite Zone zu einem unter internationaler Verwaltung stehenden Freistaate zu machen, zurückgewiesen werden und eine Grenze gefordert wird, die etwa der Tiedje-Linie entspricht.

Nach einem Telegramm des Pariser Vertreters der „Berlingske Tidende" hat der Botschafterrat beschlossen, die Verhandlungen über die schleswigsche Frage bis zur Ankunft des Kopenhagener französischen Gesandten in Paris zu vertagen.

Die deutsch-dänische Grenze

× Kopenhagen, 7. Mai. „Berlingske Tidende" meldet, daß von der internationalen Kommission der englische Gesandte und der norwegische Vertreter dem Obersten Rate vorschlagen, daß die südliche Grenze der ersten Zone im Osten derart reguliert werde, daß die Strecke an der Kupfermühlenbucht bis nach Waschersleben, das dicht nördlich von Flensburg liegt, den Dänen übertragen werde. Durch diese Regelung werde die Möglichkeit für die Anlegung eines neuen Flensburg geschaffen, da die betreffende Strecke wichtige Bedingungen für die Errichtung von Hafenanlagen auf dänischem Gebiete erfülle.

Gleiches Recht oder nur Vorschlagsrecht

Von unserm FeMitarbeiter

London, 8. Mai

Die Erklärungen Lloyd Georges im Unterhause über das Ergebnis der Beratungen von San Remo finden zwar die Billigung der liberalen Gruppe, aber man vermißt in den Mitteilungen den deutlichen Hinweis auf den Umfang des der deutschen Vertretung zustehenden Einspruchsrechtes. Im Unterhause konnte es darüber nicht zur Diskussion kommen, weil Bottomley, der Gegner einer versöhnlichen Politik gegen Deutschland, die „Weichherzigkeit" des Ministerpräsidenten des langen und breiten schilderte und den „Daily News" zufolge Asquith die Lust nahm, sich in eine sofortige Nachprüfung der Mitteilungen Lloyd Georges einzulassen. Nichtsdestoweniger steht die Frage, ob es sich um essentielle Rechte der deutschen Regierung handelt oder bloß um das Scheinrecht, Vorschläge machen zu dürfen, im Vordergrunde der politischen Gespräche.

Die Zulassung Deutschlands bei den Konferenzen in Spa betrachtet man als eine „Vorprüfung, ob mit Hilfe der deutschen Regierungsmänner die Bedingungen des Versailler Vertrages nach Maßgabe der heutigen Lage Deutschlands erfüllt werden können". Frankreich predigte stets den Zwang und Druck, angeblich durch genaue Kenntnis des deutschen Geisteszustandes zur Ueberzeugung gebracht, daß auf dem Wege mündlicher Verhandlungen die Bestimmungen des Vertrages „verwässert" würden. Demgegenüber setzten sich Mitti und Lloyd George für das „Experiment" ein, es auf eine Aussprache mit den deutschen Bevollmächtigten ankommen zu lassen. Nach Meinung der britischen Franzosenfreunde ging Lloyd George zu weit, als er die Losung ausgab: „Gleiches Recht für die Deutschen in Spa." Und die Liberalen bezweifeln die Aufrichtigkeit Lloyd Georges in diesem Punkte. Sie weisen darauf hin, daß „gleiches Recht für die Deutschen" den Alliierten die peinlichsten Ueberraschungen bereiten könne. Ueberraschungen, die Millerand eine Kabinettskrisis in Paris auf den Hals laden würden. Gleiches Recht für die Deutschen bedeutet, nach „Daily News", Sitz und Stimme im Rate.

Was soll aber geschehen, wenn die Alliierten in einer die Ausführung des Vertrages betreffenden Frage uneinig sind, wenn also ein Vertreter der alliierten Staaten der deutschen Auffassung zuneigt? Das Ergebnis wäre dann: offener Bruch. Und Millerands Befürchtungen würden sich rechtfertigen. Die liberale Partei Englands ist weit entfernt davon, die von Bottomley gerügte „Weichherzigkeit" Lloyd Georges zu bekritteln. Sie stellt aber die Frage, ob der Ministerpräsident in seiner Unterhauserklärung nicht zu weit gegangen sei. Wäre Lloyd George mit der Mitteilung über die in Vorbereitung befindliche Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund gekommen, wie es Robert Cecil wünscht, dann hätten sich alle weiteren Bedenken auf Grund des Völkerbundstatuts beseitigen lassen. Die Heranziehung der deutschen Regierung zu Besprechungen, unter den von Lloyd George mitgeteilten Bedingungen, scheint den Liberalen nicht zweckmäßig. Nach einem Berichte aus Manchester, äußerte sich Burgmaster Crew: „Die Zulassung der deutschen Regierung auf einer Alliiertenkonferenz kann nur in dem Falle nützlich sein, wenn sich unmittelbar darauf die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund vollzieht. „Crews Meinung ist um so wichtiger, da sie sich auf amerikanische Einflüsse stützt. Die liberalen Blätter Englands verhalten sich, infolge der Mitteilungen Lloyd Georges, sehr zurückhaltend.

Rotterdam, 7. Mai. (Eigener Drahtbericht.) „Daily Mail" meldet aus Paris: Auf die Tagesordnung der Konferenz in Spa wurde auf Antrag Frankreichs auch die Frage der deutschen Arbeitertransporte für das Wiederaufbaugebiet und der Aburteilung der auf der Auslieferungsliste stehenden Deutschen gesetzt. — Wie die „Times" melden, hat der Alliiertenrat am nächsten Montag zugestimmt, daß die Erledigung der aus dem Versailler Vertrag resultierenden Verpflichtungen Deutschlands in Zukunft und in Möglichkeit von der vorherigen Anhörung Deutschlands abhängig gemacht werden soll.

Die Taktik der Northcliffe-Presse

London, 5. Mai. (Indirekt.) Den Vertretern der Northcliffe-Presse in Deutschland ist die Weisung zugegangen, den deutschen Zeitungen aller Richtungen Auslassungen, die sich auf den Versailler Vertrag beziehen, zu entnehmen. Täglich findet man in den Organen des Lord Northcliffe derartige Auszüge. Es soll Lloyd George demonstriert werden, daß die Haltung der britischen Regierung bei den Deutschen den „Argwohn entstehen läßt, man werde von London aus die Revision des Vertrages durchsetzen". In den „Times" wird Lloyd George für diese deutsche „Pressepropaganda im Innern" verantwortlich gemacht. Selbstverständlich verlangen die Northcliffe-Blätter, man möge der deutschen „Tatsachenentstellung" entgegentreten und erklären, an dem Versailler Vertrage würden Aenderungen nicht stattfinden. Die „Times" gestehen, daß eine solche „feierliche Erklärung" vor der Konferenz in Spa auf die französischen Kreise sehr beruhigend wirken würde.

Ablehnung der Einladung nach Genf

× Wien, 7. Mai. Nach der „Arbeiterztg." hat der Parteivorstand der deutschen Arbeiterpartei Deutsch-Oesterreichs beschlossen, der Einladung des Internationalen Bureaus in Brüssel zur Teilnahme am 10. Interalliierten Sozialisten- und Arbeiterkongreß in Genf nicht zu entsprechen. In der Antwort wird betont, daß der Genfer Kongreß kein geeignetes Instrument darstelle, das zur Wiederherstellung der Einheit der Internationale dienen könne, da ganze Länder, wie vor allem Frankreich und Italien, höchstens durch unverantwortliche Persönlichkeiten, nicht aber durch Beauftragte der Partei vertreten sein würden.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19200508/1